



Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	entschuldigt
Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	entschuldigt
<b>beratende Mitglieder</b>		
Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	entschuldigt

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.04.2024
- 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 5 Kinder- und Jugendbudget (NEU)
- 6 Anonymer Brief der freien Träger
- 7 Klausurtagung (NEU)
- 8 Vorstellung der Ergebnisse der Wirkungsanalyse des Projektes Bildungsbegleitung
- 9 Jahresbericht Fachstelle für seelische Gesundheit
- 10 Informationen des Jugendamtes
- 10.1 Anpassung der Geschäftsordnung bzgl. des Verfahrens der Besetzung der Jugendamtsleitung
- 10.2 Anträge PLUS Projekte Schuljahr 2024/2025
- 10.3 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt und zur Stellenbesetzung im Jugendamt allgemein
- 10.4 Bericht zu Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts
- 11 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 12 Bericht des Kita-Elternbeirates

- 13 Beschlussvorlagen
- 13.1 Potsdamer Jugendhilfegremien und regionale Jugendhilfenetzwerke  
*Fachbereich 23 Kinder, Jugend und Familie* 24/SVV/0626
- 14 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 14.1 Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS  
*Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling* 24/SVV/0462
- 15 Sonstiges

## Protokoll

### Öffentlicher Teil

---

#### 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

---

#### 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 8.3 „Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt allgemein“ krankheitsbedingt auf die Junisitzung vertagt werde. Der Tagesordnungspunkt 8.4 „Bericht zu Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts“ entfalle, da er, nach Beratung vorab im Unterausschuss Jugendhilfeplanung, in die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII und die Planungsgruppe Jugendhilfe überwiesen werde. Der Tagesordnungspunkt 11.1 „Potsdamer Jugendhilfegremien und regionale Jugendhilfenetzwerke, 24/SVV/0626“ entfalle ebenfalls zunächst und werde, nach Beratung vorab im Unterausschuss Jugendhilfeplanung, bis zur nächsten Wahlperiode zurückgestellt. Zusätzlich wolle man den Tagesordnungspunkt „Kinder- und Jugendbudget“ auf Wunsch des Kita-Elternbeirates nach dem Tagesordnungspunkt 4 und den Tagesordnungspunkt „Klausurtagung“ nach dem Tagesordnungspunkt 5 (neu TOP 6) behandeln.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihm zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

---

### 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.04.2024

Herr Reimann bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 18.04.2024. Frau Frenkler bittet um folgende Änderung:

Tagesordnungspunkt 6.9 „Sachstand Reaktivierung AG Kinderschutz“:

„[...] Man werde dazu in **den** ~~der~~ nächsten Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII erneut berichten [...].“

Die geänderte Fassung wird einstimmig angenommen.

---

### 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Radon berichtet zur letzten Kreisschülerratssitzung, dass man sich mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigt habe. Man wolle dazu ein Video drehen und voraussichtlich bei YouTube veröffentlichen. Weiterhin habe man sich auf eine Veranstaltung auf dem Basenplatz vorbereitet, bei der Jugendliche über die Kommunalwahl am 09.06.2024 informiert wurden, um möglichst viele Leute zu animieren.

---

### 5 Kinder- und Jugendbudget (NEU)

Herr Reimann führt zum Tagesordnungspunkt ein und erinnert an die Mitteilungsvorlage 24/SVV/0545.

Herr Witzsche rekapituliert ebenfalls zur Mitteilungsvorlage 24/SVV/0545 aus der letzten Stadtverordnetenversammlung. Diese sei dort jedoch nicht behandelt worden, so dass keine Stellungnahme für die Stadtverordneten möglich war. Der Kita-Elternbeirat sei darüber sehr frustriert, da man das Budget als sehr wichtig erachte. In Vorbereitung auf die heutige Sitzung habe Herr Witzsche Rücksprache mit Frau Buhr und Herrn Prof. Dr. Hafezi gehalten. Man hoffe, dass man die vorhandenen Mittel in Höhe von 30.000,00 Euro für das zweite Halbjahr 2024 noch aufteilen könne und somit verwenden. Für die kommenden Jahre erhoffe man sich eine Verstetigung. Er schlägt vor, dass sich der Jugendhilfeausschuss erneut direkt an den Oberbürgermeister wende, bei dem die Verwaltung des Budgets mittlerweile liege, da er für einen gewissen finanziellen Rahmen die Möglichkeit habe, darüber ohne Einbeziehung der Gremien zu verfügen.

Herr Prof. Dr. Hafezi bedauert ebenfalls die Ablehnung dazu. Er schlägt vor im Unterausschuss Jugendhilfeplanung ein Modell zu entwerfen, wie man das Budget für 2025 konkret nutzbar machen könne. Frau Buhr sollte das steuern können.

Herr Reimann bekräftigt, dass man mit dem Büroleiter des Oberbürgermeisters nach letzter Rücksprache zwischen ihm und Frau Dr. Müller eine Zusicherung zur Verwendung des Budgets erhalten hatte. Danach kam die ablehnende Mitteilungsvorlage, worüber auch er verwundert gewesen sei.

Es wird vereinbart, dass man 1. Einen Appell an den Oberbürgermeister sende, die Mittel für 2024 noch verfügbar zu machen und Frau Buhr in der nächsten Sitzung dazu berichte und 2.

Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung eine konkrete Maßnahme für 2025 entwickelt.

Herr Reimann lässt dies abstimmen. Es erhebt sich kein Widerspruch und wird einstimmig angenommen.

---

## **6 Anonymer Brief der freien Träger**

Herr Ströber führt zu dem Tagesordnungspunkt ein und verliest eine Stellungnahme des Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung (Anlage 1). Er fügte hinzu, dass es sich daher aus seiner Sicht um politisch motivierten Rufmord gehandelt haben müsse.

Im Anschluss verliest Frau Tietz im Namen der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Jugendförderung (AG JuFö) ebenfalls eine Stellungnahme dazu (Anlage 2). Frau Frenkler von der AG Kita berichtet aus der letzten Sitzung, dass man sich ebenfalls dazu verständigt habe. Der Brief sei der AG Kita nicht bekannt. Herr Küken bekräftigt im Namen der AG HzE, dass man sich dem bisher Gesagten anschließe. Er habe nichts von den Inhalten in dem anonymen Brief jemals so empfunden. Es sei nie um Parteipolitik gegangen.

Weitere Ausschussmitglieder und Herr Prof. Dr. Hafezi begrüßen die Stellungnahmen.

Herr Reimann bedankt sich für die positiven Worte und Stellungnahmen der Ausschussmitglieder und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII.

Anlage 1 TOP 5\_Anonymen Brief der freien Träger (öffentlich)

---

## **7 Klausurtagung (NEU)**

Es wird vereinbart die angedachte Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses am Samstag, den 15.06.2024 für ca. 2 Stunden durchzuführen. Man möchte eine Rückschau auf die vergangene und eine Vorschau für die neue Wahlperiode erarbeiten. Herr Reimann und Frau Dr. Müller werden die Sitzung inhaltlich vorbereiten. Jedes Mitglied ist dazu aufgerufen zuarbeiten. Eine erste Abfrage ergab eine voraussichtliche Teilnehmerzahl seitens der Ausschussmitglieder von 12.

---

## **8 Vorstellung der Ergebnisse der Wirkungsanalyse des Projektes Bildungsbegleitung**

Herr Mensching, vom AWO Büro KINDER(ar)MUT, und Herr Dr. Lucic, Bildungsmanager der Landeshauptstadt Potsdam, stellen anhand einer Präsentation (Anlage 3) vor.

In der anschließenden Diskussion werden verschiedene Detailfragen geklärt.

---

## **9 Jahresbericht Fachstelle für seelische Gesundheit**

Frau Tietz stellt anhand einer Präsentation (Anlage 4) vor.

In der anschließenden Diskussion werden verschiedene Detailfragen geklärt.

PAUSE 18:02 – 18:15 Uhr

---

## 10 Informationen des Jugendamtes

---

### 10.1 Anpassung der Geschäftsordnung bzgl. des Verfahrens der Besetzung der Jugendamtsleitung

Herr Prof. Dr. Hafezi erläutert, dass man im Vorfeld der Anhörung der zukünftigen Fachbereichsleiterin thematisiert worden war, wie der Jugendhilfeausschuss vorab anders eingebunden werden könne. Dies wünsche man sich anders, als es die aktuelle Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses darstelle. Der neue Jugendhilfeausschuss sollte nach ein bis zwei Sitzungen auch über die Geschäftsordnung sprechen, um diese ggf. zu modifizieren und zu verbessern. In diesem Zuge könne man dies dann auch regeln. Hierzu bedarf es dann einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses. Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung werde diesen vorbereiten. Man könne sich an Beispielen aus anderen Kommunen orientieren. Im nächsten Unterausschuss Jugendhilfeplanung werde man sich dazu verständigen.

---

### 10.2 Anträge PLUS Projekte Schuljahr 2024/2025

Aufgrund einer Anfrage in Vorbereitung auf den Ausschuss von Frau Parthum zum Thema berichtet Frau Margraf, Bildungsberaterin für Erwachsene der Landeshauptstadt Potsdam.

Es hätten sich insgesamt 51 Potsdamer Schulen (20 mehr als 2023/2024), davon 29 Grund- und Förderschulen und 22 weiterführende Schulen, davon 9 freie Schulen, mit insgesamt 86 Projekten für das Schuljahr 2024/2025 beworben. Hintergrund für die erhöhte Antragslage seien zusätzliche Mittel aufgrund der haushaltsbegleitenden Beschlüsse vom 07.03.2023 gewesen. Hierüber wurde am 14.12.2023 im Jugendhilfeausschuss informiert. Die sich bis dato als erfolgreich gezeigte Deckelung sei auf maximal 10 PLUS-Projekte je Träger und gleichzeitig maximal 2 PLUS-Projekte pro Schule erweitert worden. Das Gesamtvolumen der zur Verfügung stehenden Mittel betrage 717.000,00 Euro. Insgesamt habe es 86 eingegangene Anträge gegeben. Die Höhe der Antragssumme liege insgesamt bei 626.660,19 Euro. 18 Träger haben einen Antrag bzw. Anträge eingereicht. Die durchschnittliche Antragshöhe pro Projekt lag bei 7.286,75 Euro. Die durchschnittliche Anzahl der Anträge pro Träger habe bei 5 gelegen. 55 Anträge seien positiv beschieden, 29 Anträge abgelehnt worden. Man liege bei 424.963,24 Euro für das Schuljahr 2024/2025. Gründe für ablehnende Bescheide stellt die Nichteinhaltung formaler Gesichtspunkte entlang der PLUS-Förderrichtlinie dar, wie Fristüberschreitung, Überschreitung der Anzahl an einreichbaren Anträgen sowie durchführbaren Projekten pro Schule. Aufgrund der Haushaltslage im Jugendamt würden keine freien Mittel für PLUS entstehen, wenn die Gesamt-Antragssumme unter den zur Verfügung stehenden Mitteln liege oder Anträge abgelehnt werden. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie werde die Träger ab Ende Mai (KW 22) über den Bescheid bzw. die Ablehnung des gestellten Antrags informieren.

In der anschließenden Diskussion wird die Ablehnung wegen Fristüberschreitungen kritisiert. Man habe hart für die Budgeterhöhung seitens der Politik gekämpft. Jetzt müsse man seitens der Verwaltung so viele Bewilligungen wie möglich ausstellen. Herr Prof. Dr. Hafezi erläutert, dass man in diesem Verwaltungsakt an Fristen gebunden und sich nicht einfach darüber hinwegsetzen dürfe. Im Sinne der Gleichbehandlung dürfe man nicht anders entscheiden. Man werde in Zukunft jedoch frühzeitig auf ablaufende Fristen, zum Beispiel in der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe, hinweisen

Eine Liste mit den bewilligten Projekten werde im Nachgang zur Verfügung gestellt.

---

### **10.3 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt und zur Stellenbesetzung im Jugendamt allgemein**

Der Tagesordnungspunkt entfällt krankheitsbedingt und wird auf die Junisitzung verlagert.

---

### **10.4 Bericht zu Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts**

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da das Thema nach Beratung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung in die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII und die Planungsgruppe Jugendhilfe verschoben wurde.

---

## **11 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

### UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat am 23.05.2024 getagt.

Zum Rahmenkonzept Kinderschutz wurde vereinbart, dass man das Thema auf Wiedervorlage im Herbst lege. Es habe dazu innerhalb der Verwaltung Abstimmungen mit der Leitung gegeben und der Prozess sei noch nicht beendet. Seitens des UA sei man zunächst verwundert, dass man in der Sitzung keinen Sachstand erhalten habe, obwohl dies vereinbart worden sei. Man frage sich bezüglich des Themas AG Kinderschutz, wo man bei diesem Thema stehe. Der UA wünsche sich einen Ist-Stand zum Kinderschutzteam. Es sei berichtet worden, dass es neue Stellen dafür gebe, die auch ausgeschrieben seien. Erste Personen seien leider abgesprungen. Man könne nur mit einer Mindestanzahl an Personen starten, welche noch nicht erreicht sei. Das Konzept sei in Bearbeitung, aber noch nicht zur Veröffentlichung fertig. Dazu müsse man auch die neue Fachbereichsleitung hören. Eine weitere Behandlung des Themas wurde vereinbart.

Am 19.05.2024 habe sich die UAG Jugendförderplanerstellung getroffen und sich auf eine Zeitschiene geeinigt, die in zwei Phasen verlaufe. Der Jugendförderplan sei im vergangenen Herbst im Jugendhilfeausschuss besprochen, aber nicht beschlossen worden. Man müsse nun in die Zukunft schauen. Phase 1 sei die Personalkosten- und Einrichtungsförderung (Beschluss für aktuellen Plan), Phase 2 betreffe den Strategieplan (Neuarbeitung ab Ende 2024). Man habe eruiert, dass der Einrichtungs- und Stellenplan für das aktuelle Jahr (Phase 1) noch vom alten Jugendhilfeausschuss beschlossen werden sollte, um die Sicherung der Stellen in der Jugendförderung vorzunehmen. Es spiele auch das Thema PLUS Projekte mit rein. Die Prüfungen seien strenger gewesen und viele Projekte nicht anerkannt worden. Zitat aus dem Protokoll der AG JuFö: Sachstand PLUS-Förderprogramm 2024/ 2025: „Es wurden mehr als 80 Projekte eingereicht, davon können wohl 47 positiv beschieden werden □ Ende Mai/ Anfang Juni gehen dazu die Bescheide an die Träger/ Schulen raus. Allerdings sei die Finanzierung der Maßnahme schwierig, da der haushaltsbegleitende SVV-Beschluss finanziell nicht gedeckt war und somit aus den eigenen Jugendamtsfördermitteln gestemmt werden muss(te)...“. Mit der neuen Fachbereichsleitung sei sofort zu besprechen, was bis 2025

für die Jugendförderung zu sichern sei. Es müssten die haushaltsbegleitenden Beschlüsse beachtet werden (auch für PLUS habe es Erhöhungen gegeben). Gerade in der aktuellen Haushaltssituation müsse es ein beschlossenes Dokument geben, das die Grundlage, auch für Gehälter in der Jugendförderung, sei. Man betone, dass bereits die Fachkräfte abwandern würden. Man müsse daher erkennen, dass der Jugendförderplan die Grundlage für die Sicherung der aktuellen und zukünftigen Arbeit in diesem Feld sei. Auch kleine Projekte würden gerade nicht bewilligt, was die Einsparungen bereits verdeutliche. Für die Phase 1 würde der Beschluss des Jugendhilfeausschusses reichen, weil die Mittelverteilung im Rahmen des beschlossenen Budgets erfolge. Auch die Verwaltung arbeite nach dieser Übersicht der Budgetverteilung. Es gehe beim Beschluss um die Sicherheit für die Träger, dass die Verwaltung diese Verteilung beibehalte. Man verabrede, dass ein Beschluss zum Stellenplan 2024 für die Jugendförderung in der Junisitzung des Jugendhilfeausschusses erfolge. Es werde ein Antrag des Unterausschusses eingebracht. Der Stellenplan sei als Anlage vor dem Jugendhilfeausschuss am 28.09.2023 versandt worden. Die strategische Planung erfolge mit der neuen Fachbereichsleitung (zusätzlich zu den jährlichen Stellenplänen) ab Ende 2024.

Mit dem anonymen Brief der freien Träger an die Jugendhilfeausschussmitglieder habe man Kritik gegen einzelne Personen und gegen den Jugendhilfeausschuss gerichtet. Man habe mit allen AG nach § 78 SGB VIII Rücksprache gehalten und alle würden sich von diesem Schreiben distanzieren. Auch die Diffamierung von Dr. Sigrid Müller, die sehr viele Jahre engagiert im Jugendhilfeausschuss tätig sei, könne man nicht so unkommentiert lassen. Im Jugendhilfeausschuss wolle man zum Schutz der Personen besprechen, wie man mit zukünftigen Schreiben verfahren wolle. Herr Ströber werde eine Stellungnahme verlesen.

Nach Sichtung eines Antrages des Trägers Kollektiv Treibgut Natur- und Kulturcamp e.V. zur Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe wurde vereinbart, dass die Verwaltung diese vorbereite. Ein Kennlerntermin mit dem Träger werde für Herbst eingeplant.

Herr Reimann lässt auf Wunsch von Herrn Ströber die Anerkennung des Trägers durch die Mitglieder abstimmen.

**Abstimmung:**

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Die Behandlung der Neuerungen des SGB VIII werde in die AG nach § 78 SGB VIII sowie der Planungsgruppe Jugendhilfe übergeben und nicht im Jugendhilfeausschuss weiter behandelt. Im letzten Jugendhilfeausschuss wurde eine Übersicht präsentiert. In diesem Zusammenhang dankt man Frau Peters für die gute Vorarbeit.

In der Zukunftswerkstatt der freien Träger am 29.04.2024 habe man Strategien zum Fachkräftemangel behandelt. Es seien 34 Vertreter\*innen freier Träger und 11 vom öffentlichen Träger dabei gewesen. Man habe die Weiterbefassung zum Thema, auch für den UA, angekündigt. Es seien einige konkrete Ideen zusammengetragen und dokumentiert worden. Die Ergebnisse seien noch nicht versandt, da die Endabstimmung mit Herrn Prof. Dr. Hafezi ausstünde. Eine Einbringung für den UA sei geplant.

Man habe besprochen, dass die Gesetzesänderung im SGB VIII eine Überarbeitung der Satzung des Jugendamtes erfordere. Dies sollte möglichst schnell erfolgen, da es auch die

Zusammensetzung der beschließenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses betreffe. Unter anderem sei neu, dass der Oberbürgermeister bzw. eine Vertretung ein stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses werde. Dies reduziere die Anzahl der Mitglieder aus der Stadtverordnetenversammlung. Das Kinder- und Jugendschutzgesetz werde ab dem 01.07.2024 wirksam. Wenn man warte, werde nach der alten Satzung gewählt. Dann müsse im Herbst nach der Satzungsänderung erneut gewählt werden. Herr Ströber merkt an, dass aus seiner Sicht eine Anpassung reichen würde. Es wird vereinbart, dass Thema gegebenenfalls bei der Klausurtagung zu behandeln.

Für die Klausurtagung am 15.06.2024 sei vorgesehen den neuen Jugendhilfeausschuss darauf vorzubereiten, was er beachten müsse. Man könne einen Arbeitsstand erstellen und dem neuen Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis geben. Die Vorbereitungszeit sei jedoch sehr knapp. Aktuelle Themen könne man dem neuen Jugendhilfeausschuss im Herbst im Zuge einer Klausurtagung mitgeben – welche Beschlüsse seien gefasst worden, welche erfüllt, welche noch offen. Man könne zudem das Gelungene in der Wahlperiode herausstellen. Zu klären wäre auch, welche Kolleg\*innen aus der Verwaltung teilnehmen sollten. Herr Prof. Dr. Hafezi befinde sich zu dieser Zeit im Urlaub. Es wird vereinbart, dies erneut im Jugendhilfeausschuss zu besprechen und dort zu entscheiden, ob der Termin tatsächlich wahrgenommen werde.

Frau Tietz bekräftigt, dass man seitens der freien Träger enttäuscht sei bzgl. der ausbleibenden Fortführung des Jugendförderplanes. Es sei keine inhaltliche strategische Planung in der Jugendförderung möglich. Der Stellenplan müsse dringend beschlossen werden, um Sicherheit für dieses Jahr und auch für 2025 eine Basis zu haben.

Herr Prof. Dr. Hafezi stimmt zu, dass dringend ein Fahrplan entworfen werden müsse, um konzeptionell voran zu kommen. Für 2024 sei der Haushalt beschlossen und die Zahlen gelten auch. Trotzdem könne man gern die Tabelle zu den Personalkosten noch einmal extra beschließen lassen. Ein entsprechender Antrag seitens des Unterausschusses Jugendhilfeplanung ist für die Junisitzung geplant.

## AG Kita

Die AG hat am 28.05.2024 getagt.

### 1. Kita Personalverordnung

Seitens der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wird berichtet:

Unklare Konnexität und fehlende rechtliche Regelungen würden aktuell mit dem Städte- und Gemeindebund besprochen. Bei einer gestaffelten Anrechnung von Auszubildenden (ordnungsrechtliche Personalbemessung) würden die Stellenanteile einzig über die Fehlbedarfsfinanzierung gem. §16 Abs. 3, S. 2 KitaG abzurechnen sein. Dies würde für der Landeshauptstadt Potsdam absehbar erhebliche Folgen haben. Wenn die Träger ihrer gesetzlichen Verantwortung nach den Bestimmungen dieser Verordnung nachkommen und die Tatbestandsmerkmale der Trägerzuverlässigkeit sicherstellen sollen, müsse auch in der Konsequenz für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die KitaPersV einen konnexitätssauberen und rechtlich sicheren Handlungsrahmen vorgeben. Es werden Gespräche mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport durch Herrn Prof. Dr. Hafezi und dem Städte- und Gemeindebund geführt.

Seitens der Träger der Kindertageseinrichtungen wird berichtet:

Die unklare Konnexität (Landeshauptstadt Potsdam/ Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) führe zu Unsicherheiten bei den Trägern im Umgang mit und bei dem Einsatz von Auszubildenden (Anzahl Auszubildende in einem Standort, ordnungsrechtliche und finanzwirtschaftliche Personalbemessung und deren Refinanzierung). Auszubildende fänden aktuell kaum Praxisstellen, weil die Finanzierung ungeklärt sei und die Zukunft von Ausbildungsstellen könne somit schwierig werden. Personal dürfe nur mit ausreichend Sachkunde eingesetzt werden (Trägerverantwortung), d.h. Auszubildende könnten im ersten und zweiten Ausbildungsjahr nur anteilig eingesetzt werden.

Es müsste weiterhin ausgebildet werden, damit die personellen Abgänge ausgeglichen werden können.

2. Der Anonyme Brief der AG nach § 78 SGB VIII sei in der AG nach §78 SGB VIII Kita nicht bekannt.

### AG HzE

Herr Küken berichtet, dass man sich nach der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses auf kurzen Wege verständigt habe und seitens der Verwaltung angeboten wurde, die bestehenden Verträge für Fachleistungsstunden (FLST) ambulant bis 31.12.2024 zu übernehmen. Dies befinde sich aktuell auf dem Postweg und man habe bis Ende des Jahres Sicherheit. Er bedankt sich bei Herrn Prof. Dr. Hafezi sowie dem Ausschuss für das Verständnis zu der Debatte.

Bezüglich der zukünftigen Rahmenvereinbarung, die angestrebt werde miteinander, habe man die inhaltliche Debatte am 22.04.2024 abgeschlossen. Er macht darauf aufmerksam, dass die Gespräche zu den finanziellen Rahmenbedingungen spätestens nach der Sommerpause beginnen sollten, um eine Situation wie im letzten Jahr zu vermeiden.

Herr Küken berichtet, dass die AG am 07.05.2024 getagt hat und folgende Punkte behandelt habe.

- a) Vorstellung des Angebots des „Familien- und Kompetenzzentrums Frühe Kindheit an der FH Potsdam – FamKom; FH“
- b) Besetzung der Leitungsstelle des Jugendamtes – Transparenz des Verfahrens
- c) Die Zukunftswerkstatt am 29.04. wurde als wenig hilfreich empfunden. Für die weiteren Veranstaltungen wäre es aus Sicht der AG 78 zielführender, die Leistungsbereiche getrennt voneinander zu betrachten, da sich die Herausforderungen der Bereiche doch sehr voneinander unterscheiden.
- d) Es besteht eine große Diskrepanz zwischen der Schaffung wichtiger neuer Angebote (Beispiele: EJV hat im Betreuten Einzelwohnen 6 Einheiten für Familienwohnen geschaffen; DRK hat ein neues Angebot mit 6 Clearingplätzen für 7 – 14 -jährige eröffnet.) und der prekären Situation, dass Hilfen aktuell nicht ausreichend angeboten werden können bzw. sehr lange Wartezeiten bestehen.

Herr Prof. Dr. Hafezi empfiehlt bei Problemlagen seitens der freien Träger stets den kurzen Dienstweg per Telefon zu wählen, damit man dringende Themen kurzfristig klären könne. Es sollten keine finanziellen Engpässe entstehen müssen.

## AG JuFö

Frau Parthum berichtet, dass die AG am 16.05.2024 getagt hat und sich mit den folgenden Themen beschäftigt habe:

- Stellungnahme der freien Träger der Jugendhilfe der AG §78 SGBVIII Jugendförderung zum anonymen Brief vom 08.05.2024 bzgl. der Kritik am Jugendhilfeausschussvorsitzenden
- Sachstand PLuS Förderprogramm 2024/2025
- Investitions- und Sanierungsplan Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen
- Rückmeldung zur Zukunftswerkstatt „Fachkräftegewinnung“
- Umgang mit Arche-Stelle
- Nachfrage zu Verfahrenslotsen

Details werden zum Nachlesen der Anlage beigefügt (Anlage 5).

Frau Dr. Müller berichtet, dass im gestrigen Hauptausschuss der Beschluss zur Drucksache „Gymnasium im Brunnenviertel (35) – Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für Ausstattung der naturwissenschaftlichen Fachräume“ 24/SVV/0616 gefasst worden sei. Für die Finanzierung der Ausstattung der naturwissenschaftlichen Fach- und Vorbereitungsräume und für höherwertige Lehr- und Lernmittel benötige man weitere 400.000,00 Euro. Als Deckungsquelle nutze man die Investitionsmaßnahme „Sanierung diverser Jugendclubs“ mit Mitteln aus dem Jahr 2023. Sie habe angekündigt das im Jugendhilfeausschuss aufzurufen, da im Hauptausschuss nicht in Erfahrung gebracht werden konnte, was „diverse“ Jugendclubs genau bedeute. Herr Prof. Dr. Hafezi werde dazu zum Tagesordnungspunkt 14.2 berichten.

---

## **12 Bericht des Kita-Elternbeirates**

Herr Witzsche berichtet zur Kommunalwahltour. Er dankt den Teilnehmer\*innen und Kooperationspartner\*innen. Man habe mit 36 Kandidat\*innen in sechs Wahlkreisen gesprochen. Enttäuschung herrsche über die geringe Teilnahme von Familien und Fachkräften. Thematisch sei es um weit mehr als Kita gegangen. Es habe sich viel um das Thema Freiräume für Kinder und Jugendliche sowie um Stadtentwicklung und Angebote für junge Menschen gedreht. Der Podcast zu der Tour sei zum Nachhören und Nachlesen auf der Homepage verfügbar.

[www.kitaelternbeirat-potsdam.de/2024/04/12/viel-laerm-um-kids-podcast-tour-zur-kommunalwahl](http://www.kitaelternbeirat-potsdam.de/2024/04/12/viel-laerm-um-kids-podcast-tour-zur-kommunalwahl)

Am KiTAKOLLAPS-Tag hätten sich 39 Einrichtungen in Potsdam beteiligt, 16 davon seien ganztätig geschlossen gewesen. 1.000 Menschen seien in Potsdam bei 6 Demos in den Stadtteilen auf der Straße gewesen. Fokus des Aktionstages habe auf der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung – Kita betrifft alle – gelegen. Landesweit seien in über 300 Einrichtungen und bei annähernd 20 zentralen Aktionen insgesamt weiter über 10.000 Menschen involviert gewesen. Der Frust wachse, die Erschöpfung auch. Es habe sich darauf eine bundesweite Vernetzung der Kita-Initiativen ergeben.

Am kommenden Samstag finde die Bildungswende Jetzt-Demo in Berlin statt, zu der er alle einlädt. Das Motto laute „Demokratie braucht Bildung braucht Demokratie“.

---

## 13 Beschlussvorlagen

---

### 13.1 Potsdamer Jugendhilfegremien und regionale Jugendhilfenetzwerke

24/SVV/0626  
vertagt

Der Tagesordnungspunkt entfalle zunächst und werde, nach Beratung vorab im Unterausschuss Jugendhilfeplanung, bis zur nächsten Wahlperiode zurückgestellt.

---

## 14 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

---

### 14.1 Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS

24/SVV/0462  
zur Kenntnis genommen

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet zusätzlich zur Drucksache 24/SVV/0567.

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zum Thema Haushalt stattfinden soll, sobald konkrete Daten vom Geschäftsbereich 1 Finanzen, Investitionen und Controlling vorliegen würden. Vor der ersten Lesung müsse sich der Jugendhilfeausschuss beraten und hierzu den Geschäftsbereich 1 einladen.

Zu der Frage von Frau Dr. Müller unter Tagesordnungspunkt 11 zur Investitionsmaßnahme „Sanierung diverser Jugendclubs“ berichtet Herr Prof. Dr. Hafezi, dass sein Plan es sei dazu in direkten Austausch mit dem Kommunalen Immobilien Service zu gehen. Die Strategieplanung mit Blick auf die Jugendfreizeithäuser müsse jetzt anders vorangebracht werden.

#### **Beschlussempfehlung:**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

## 15 Sonstiges

Keine Anmerkungen.

Vorsitz:

Protokollführung:

---

Tiemo Reimann

---

Eva Thäle